

Reale Regierungsopposition gegen gefühlte Oppositionsregierung

Stephan Eisel

Wahlanalysen kommen nach Wahlniederlagen immer ungelegen, weil sie regelmäßig als Schuldzuweisungen gegenüber der jeweils verantwortlichen Führung missbraucht und missverstanden werden. Für Wahlerfolge fühlen sich alle verantwortlich, für Niederlagen sucht man Sündenböcke. Aber mögliche unlautere Motive machen die Analyse nicht überflüssig.

Wahlergebnisse zeigen nicht nur, ob und wie politische Botschaften die Wähler erreichen, sondern auch, wie die Wähler über diese Botschaft denken. Es wäre zu kurz gegriffen, den ausgebliebenen Wahlerfolg nur Fehlern in einer Wahlkampagne zuzuschreiben. Es stellt sich immer auch die Frage, welche politischen Vorschläge von den Wählern in Kenntnis ihres Inhalts nicht unterstützt wurden. Parteien sollten nicht den Fehler machen, für eigene Misserfolge indirekt die Wähler verantwortlich zu machen, weil diese nicht „begriffen“ hätten, was eigentlich zur Abstimmung gestanden habe. Man sollte die Wähler schon so ernst nehmen, dass sie das politische Angebot einer Partei verstanden und deshalb nicht angenommen haben. Deshalb kann die Wahlanalyse ebenso zur Überprüfung der Inhalte führen wie zur Überprüfung ihrer Vermittlung.

Mehr als ein Betriebsunfall

Das Ergebnis der Bundestagswahl 2005 war für CDU/CSU ernüchternd. Zwar hat die Union die Position der stärksten Fraktion im Deutschen Bundestag zu-

rückerovert, und Rot-Grün hat seine Mehrheit verloren, aber alle anderen Wahlziele wurden verfehlt. Das Ergebnis blieb mit 35,2 Prozent nicht nur deutlich hinter den Erwartungen zurück, sondern lag noch einmal 3,3 Prozent unter dem schwachen Ergebnis von 2002 wieder auf dem Niveau von 1998.

In zwölf (!) der sechzehn Bundesländer wurde die SPD stärker als die Union. Nur Bayern, Baden-Württemberg, Sachsen und etwas überraschend Rheinland-Pfalz bildeten eine Ausnahme. Die Union konnte also ihre jüngeren Erfolge bei Landtagswahlen nicht wiederholen.

Es führt für die Union nicht weiter, die Wahlniederlagen 1998, 2002 und 2005 jeweils als spezifische „Betriebsunfälle“ zu interpretieren („Kohl-Überdross“, „Irak-Krieg“, „Kirchhof-Effekt“). Die Summe dieser „Betriebsunfälle“ führt immerhin dazu, dass zum dritten Mal hintereinander die lange sicher geglaubten „40+x“ nicht erreicht wurden. Es ist unwahrscheinlich, dass das nur jeweils singuläre Ursachen hat.

Klar manifestiert sich die Tendenz der Wähler, die Bedeutung der großen Parteien insgesamt zu reduzieren. Zum ersten Mal nach 1949 haben die Volksparteien zusammen weniger als siebzig Prozent der Stimmen erreicht. Seit 1972 sinkt die Zustimmungquote für sie ständig. Die große Koalition wirkt fast wie eine (unvermeidliche) Trotzreaktion darauf.

Tatsächlich transformiert sich die lange gewohnte bipolare Parteienlandschaft in eine multipolare. Das Wahlergebnis

hat auch die gewohnten Lager aufgebrochen. Besonders die Grünen beginnen, sich neuen Koalitionsoptionen zu öffnen; Schwarz-Grün wurde innerhalb von Tagen vom Tabu zur – inzwischen sogar per Parteitagsbeschluss anerkannten – Bündnismöglichkeit.

Programm mit Identifikationsdefizit

Bei der Beurteilung der Wahl 2005 darf nicht vergessen werden, dass es sich um eine vorgezogene Wahl handelte. Das hatte zwangsläufig zur Folge, dass das Wahlprogramm kurzfristig von einer kleinen Gruppe erarbeitet werden musste. Unter Kommunikationsgesichtspunkten war es gut gelungen, es war klar und gut lesbar. Das war von hoher Bedeutung, denn noch nie haben die Wähler ein so großes Interesse am Programm gehabt.

Allerdings hatte die Kurzfristigkeit der Programmearbeitung den unvermeidbaren Nachteil, dass den ehrenamtlichen Wahlkämpfern vor Ort wenig Zeit geblieben ist, sich mit den Inhalten zu identifizieren. Nicht selten wussten fragestellte Bürger besser Bescheid als die Helfer an den Ständen. Hier rächte sich auch die kurze Zeit, die für die Vorbereitung der Beschlüsse des Leipziger Parteitages als Kern des Wahlprogrammes geblieben war. Zwar war es angesichts der vorgezogenen Wahlen ein großer Vorteil, dass es diese grundlegenden programmatischen Beschlüsse gab, aber es zeigte sich eben, dass diese mehr Kopf- und Loyalitätsbeschlüsse waren als Herzensanliegen. Die nachgezogene Debatte um die Gesundheitsprämie, die sich ja nicht nur zwischen CSU und CDU, sondern auch in der CDU abspielte, war dafür ein klares Indiz.

Dies hatte Folgen, denn die allermeisten unsicheren Wähler sind in ihrer Entscheidung weniger durch Wahlwerbepots beeinflussbar, sondern orientieren sich an Menschen aus ihrem persönlichen und beruflichen Umfeld. Im Unterschied zu 2002 hatte auch das TV-Duell der Spit-

zenkandidaten keine wirklich nachhaltige Wirkung. Es war nur wenige Tage Gesprächsthema, und zwar vor allem wegen des Widerspruches zwischen dem von vielen zumindest als unentschieden empfundenen Ausgang und dem demoskopisch gemessenen angeblichen Schröder-Sieg.

Das „teAm Zukunft“ war als Instrument der Anhänger mobilisierung eine gute Idee. Allerdings wirkten die bei allen Auftritten von Angela Merkel enthusiastisch geschwenkten Pappschilder manchmal etwas aufgesetzt; hier wäre weniger mehr gewesen. Angela Merkel eignet sich ebenso wenig wie vor ihr Helmut Kohl zum Popstar; sie wirkt durch Authentizität und Argument, nicht durch Show. So zeigten sich auch die Grenzen der Amerikanisierung deutscher Wahlkämpfe.

Mitglieder als Erfolgsgaranten

Vor allem aber ersetzt eine Motivationsgruppe nicht die Argumentationsbataillone. Das Musikkorps ist wichtig für die Stimmung, aber Schlachten lassen sich damit nicht gewinnen. Stärkstes und oft vernachlässigtes Kampagneninstrument sind und bleiben die zirka eine Million Mitglieder der Unionsfamilie. Wenn das Herz der Mitglieder im Wahlkampf nicht schneller schlägt und ihre Bekenntnisfreudigkeit gebremst ist, sind Wahlen nicht zu gewinnen. Die Motivation der Mitglieder erfüllte zu Beginn des Wahlkampfes alle Voraussetzungen für einen Wahlsieg. Aber es war eine eher emotionale Mobilisierung, die ihre Schwäche in der inhaltlichen Fundierung hatte. Im Verlauf des Wahlkampfes ist es der SPD durch inhaltliche Attacken auf die Union zunehmend besser gelungen, ihr eigenes Potenzial zu motivieren, das der Union hingegen wurde unsicherer.

Die Union muss wieder stärker beachten, dass bei Programmdebatten oft der Weg das Ziel ist. Je mehr Mitglieder an der Debatte über Inhalte beteiligt sind,

umso stabiler ist ihre Identifikation damit. Das braucht Zeit. Die inzwischen allseits in Mode gekommenen „Regional-konferenzen“ sind dafür nur ein bedingt taugliches Instrument. Sie sind in Wahrheit viel mehr Fernseh- und Medienereignisse als Diskussions- oder Entscheidungsforen. Als Plebiszit-Placebos sind sie stimmungsabhängig und wenig nachhaltig. Außerdem sind sie für viele Mitglieder gar nicht erreichbar, da sie nur in wenigen Zentren stattfinden können.

Die Regionalkonferenzen zur Herzog-Kommission vor dem Leipziger Parteitag sind ein klassisches Beispiel für die Schwäche des Instrumentes. Sie haben zum Beispiel die „Gesundheitsprämie“ keineswegs in Kopf und (!) Herz des normalen Mitglieds verankert. Das rächte sich im härteren Gegenwind des Wahlkampfes. Die Führung der CDU wäre gut beraten, wenn sie ihre Basisstruktur der 360 Kreisverbände bei der Entscheidungsfindung wieder stärker nutzt. Dort sind jeweils zwischen 1500 und 8000 Mitglieder zusammengefasst. Wo noch nicht geschehen, kann dort auch durch Abschaffung des Delegiertenprinzips den Mitgliedern der unmittelbare Mitwirkungszugang eröffnet werden.

Kurs der Ehrlichkeit

Eine wesentliche Leitlinie der Wahlstrategie war der Kurs der Ehrlichkeit: Vor der Wahl sagen, was man nach der Wahl tut. Symbol dafür war die Ankündigung der Erhöhung der Mehrwertsteuer. Dieses Thema verdrängte zwar zunächst die anderen Programminhalte, entwickelte sich aber auch zum Glaubwürdigkeitssymbol. Es gibt neben den Umfragezahlen einen klaren Beleg dafür, dass dieser Kurs der Ehrlichkeit bei den Wählern durchaus goutiert wurde: Die Briefwahlergebnisse zeigen gegenüber 2002 klare Zugewinne für die CDU und deutliche Verluste für die SPD. Dies ist eine wichtige Größe, weil die Briefwahlbeteiligung bei der Rekord-

marke von über 18,6 Prozent der Wähler (1990 noch 9,4 Prozent!) lag, im bevölkerungsreichen Nordrhein-Westfalen sogar bei 22,5 Prozent.

So sehr der Kurs der Ehrlichkeit für die Union ein Vorteil gegenüber der Unglaubwürdigkeit von „Rot-Grün“ war („versprochen – gebrochen“), so sehr wurde seine Detaillierung über das Symbolthema Mehrwertsteuer hinaus zum Problem: Die Abschaffung der Steuerfreiheit von Nachtzuschlägen und der Eigenheimzulage, die Einschränkung der Pendlerpauschale und manches andere eröffneten für die SPD die Chance, das „Regierungsprogramm“ der Union ins Visier zu nehmen und sich selbst als Opposition dazu zu positionieren.

Wahlkampf im Rollentausch

So kam es zu einem merkwürdigen Wahlkampf des realen Oppositionsführers Gerhard Schröder gegen die gefühlte Kanzlerin Angela Merkel. Die Rollen waren vertauscht.

Hier rächte sich auch der Einfluss Berliner Hintergrundkreise und Leitartikler: Deren ständigem Drängen nach ausformulierten Regierungskonzepten der Opposition wurde zu sehr nachgegeben. Als die Menschen im Land Rot-Grün noch abwählen wollten, bildeten manche in Berlin schon die Regierung. Was in Bonn Käseglocke gewesen sein mag, ist in Berlin Treibhaus. Aber Berlin ist nicht Deutschland und *Tagesspiegel* oder *Morgenpost* eben nur Lokalzeitungen. Weniger Hintergrundkreise in der Hauptstadt und mehr Wählerkontakte in ganz Deutschland sind gerade angesichts der Dominanzdynamik der Metropole Berlin für künftige Wahlkämpfe immer wichtiger.

Die Union hat die Oppositionsstrategie der SPD durch manchen eigenen Fehler erleichtert: Das Wahlprogramm war als „Regierungsprogramm“ betitelt worden, ständig wurden in Personalspekulationen bereits Kabinette zusammengestellt,

dankbar die guten Umfragezahlen als quasi vorweggenommene Wahlentscheidung kommuniziert: Mancher Wähler stimmte deshalb nicht mehr über das Ende von Rot-Grün ab, sondern ärgerte sich über die mangelnde Demut vor dem Wählerwillen. Rot-Grün kämpfte um Stimmen, die Union verteidigte die vermeintlich schon erreichten Prozentanteile. Von der SPD umworben, von der Union bereits vereinnahmt, demonstrierten Wechselwähler ihr Selbstbewusstsein: Wir entscheiden mit unserer Stimme selbst, ob die Wahlen schon entschieden sind.

Der Grat zwischen der Überheblichkeit des vermeintlichen Wahlsiegers und der inneren Ruhe des möglichen Wahlsiegers ist schmal. Immer mehr Wahlen zeigen: Die Wähler entscheiden nicht nur demoskopieunabhängig, sondern sie erwarten von den Parteien auch, dass diese das respektieren: Die alte Weisheit, dass eine Wahl nicht vor dem Wahlabend um 18.00 Uhr entschieden ist, gehört wieder in jeden Wahlwerbepspot und in jede Wahlkampfrede.

Die Abteilung Attacke

Es ist schon ein faszinierendes Phänomen, wie es Müntefering und Schröder gelungen ist, das Scheitern von Rot-Grün als Anlass für vorgezogene Neuwahlen ebenso konsequent zu ignorieren wie die Tatsache, dass Rot-Grün immer noch die Regierung stellte. Das funktionierte auch deshalb, weil die Kommunikationsdisziplin der SPD schon immer größer war als die der Union. Aber vor allem wurde von der Union die Abteilung Attacke vernachlässigt. Die SPD demonstrierte besser als die Union, dass Wahlkampf auch etwas mit kämpfen zu tun hat.

Nach wie vor gilt die alte Erfahrung: Die Wähler stimmen darüber ab, ob die Regierung im Amt bleiben soll. Schlechte Regierungen wollen von dieser Frage ablenken und lieber über die Opposition ab-

stimmen lassen. Deshalb ist es gefährlich, wenn die Regierung die Opposition mehr kritisiert als umgekehrt.

Seit der zu früh einkassierten „Leitkulturdebatte“ gab es seitens der Union kein emotional polarisierendes kulturelles Streitthema mit der Linken mehr. So wichtig die Reform der Sozialversicherungssysteme ist, so wenig eignet sie sich dafür. Stoibers umstrittene Äußerungen, die Wahlen würden nicht im Osten entschieden werden, rüttelten wach und hatten eine polarisierende Wirkung. Sie mobilisierten im Westen, aber sie schaden insgesamt. Auch weil die Kritik daran aus den eigenen Reihen fast heftiger war als von Rot-Grün. Immer wieder stellten vor allem die Unionsanhänger fest, dass die SPD in Mannschaftsspiel und Geschlossenheit der Union überlegen wurde, je näher der Wahltermin heranrückte.

Polarisierung und Angriff auf den politischen Gegner können nicht zuvorderst die Aufgabe der Spitzenkandidatin sein. Auch Ministerpräsidenten tun sich damit wegen ihres eigenen überparteilichen Amtes eher schwer. Die Abteilung Attacke war (und ist?) in der Union zu schwach besetzt. Attacke heißt Streit vom Zaun zu brechen, damit Themen zu setzen und Begriffe zu besetzen. Bei der SPD hatte diese Rolle Franz Müntefering übernommen („Heuschrecken“). Fischer, Lafontaine und Gysi mobilisierten ihre Klientel durch Emotion und Aggression, aber bei der CDU hat Heiner Geißler in dieser Rolle immer noch keinen Nachfolger gefunden.

Der Kirchhof-Effekt

Auch die Mitglieder des Kompetenzteams sahen sich eher als künftige Regierungsmitglieder und weniger als Angreifer. Im Übrigen spielte das Kompetenzteam eine ähnliche geringe Rolle wie im Wahlkampf 2002 – ausgenommen Paul Kirchhof. In der Wahrnehmung des Wahlkampfverlaufes wird oft seine Berufung

in das Kompetenzteam vier Wochen vor der Wahl als Wendepunkt gesehen. Dies trifft zu und ebenso wiederum nicht. Kirchhofs Berufung gab aber manchem einen Namen, was zuvor schon zu gären begonnen hatte.

Das Publikum verfolgte die Zusammenstellung des Kompetenzteams von Anfang an sehr unter der Frage: Kommt Friedrich Merz oder nicht? Es hilft wenig zu spekulieren, ob Angela Merkel eine solche Berufung überlegt hat und Friedrich Merz mitgemacht hätte. Sicher spielte hier auch der Wankel„mut“ Edmund Stoibers eine Rolle. Stoibers öffentlich zelebrierte Unentschlossenheit konterkarierte auch den Kurs der Ehrlichkeit. Die Menschen bekamen den Eindruck, manch Wichtiges wolle die Union vor der Wahl doch nicht verraten.

Stoibers Unentschlossenheit sowie die Kompetenz (und Popularität) von Friedrich Merz brachten Angela Merkel im Blick auf das Kompetenzteam in die Defensive. Die begeisterte erste Reaktion auf den Namen Paul Kirchhof erklärt sich zu einem guten Teil aus der Bewunderung dafür, wie souverän sie plötzlich aus der Defensive in die Offensive gekommen war. Es ist Paul Kirchhof hoch anzurechnen, dass er sich für diese Aufgabe zur Verfügung gestellt hat.

Die Kurzfristigkeit der Berufung barg freilich auch jene Probleme in sich, die sich ebenso schnell Bahn brachen: Der geachtete Hochschullehrer und frühere Bundesverfassungsrichter war nicht eingestellt auf den harten Wahlkampfwind und hätte wohl auch besser betreut werden müssen. Die Unanständigkeit, mit der die SPD – und namentlich Schröder selbst – Paul Kirchhof binnen Tagen zum Feindbild stilisierten, entschuldigt nicht, dass die Wahlkampfführung der Union darauf hätte vorbereitet sein müssen.

Merkels Festlegung, Kirchhof zum Finanzminister zu machen, war zwar als Stärkung gegen die Angriffe der SPD ge-

dacht, mobilisierte aber erneut den Verdacht der vorweggenommenen Regierungsbildung und zumindest intern die Frage, warum bei Kirchhof gegenüber Stoiber plötzlich möglich war, was Merz verweigert zu werden schien.

Mehr „Warum“, weniger „Wie“

Mit seiner „Flat Tax“ öffnete Kirchhof aber auch eine schwer zu schließende Flanke in der Wahlkampfstrategie der Union: Der Kurs der Ehrlichkeit wurde auf einmal konfrontiert mit der Frage: Was wollt ihr eigentlich? Die Frage der „sozialen Gerechtigkeit“ brach sich mit dem Symbolthema „Jeder zahlt den gleichen Steuersatz“ Bahn und zog Themen wie die für alle gleiche Gesundheitsprämie und die Abschaffung der Steuerfreiheit für die Nachtarbeit von Krankenschwestern nach oben. Aus dieser kommunikativen Falle gab es angesichts des rasch näher kommenden Wahldatums kein Entkommen mehr, zumal die SPD mit erheblichem Finanzaufwand und bewusst falschen Aussagen („Zwei Prozent Merkelsteuer auf alles“) die Polarisierung auf die Spitze trieb. Viele Unionsmitglieder waren in der Defensive.

Kirchhofs „Flat Tax“ legte aber noch eine andere Schwäche der Union offen, die subkutan wohl eine größere Bedeutung hat als allgemein vermutet. Wichtiger als die Frage „Was wollt ihr eigentlich?“ ist die Frage „Warum wollt ihr es?“. Warum tritt die CDU für den linear-progressiven Tarif ein, also eine gewisse Umverteilung durch Steuern? Warum plädiert sie zugleich für die einheitliche Gesundheitsprämie?

Es gibt für alle diese Fragen handwerklich solide, technisch begründete Antworten. Die Union präsentiert sozusagen zu jedem Problem die „angemessene Algebräformal“ (so Heinrich Oberreuter). Aber es reicht nicht, wenn die Menschen bei „Politik aus einem Guss“ daran denken, dass Einnahme- und Ausgabenseite

in Übereinstimmung gebracht werden – so wichtig das auch ist. Das rational wohl begründete Wirtschaftsprogramm hat die Gefühle der Menschen und ihr Bedürfnis nach sozialer Gerechtigkeit nicht ausreichend aufgenommen. Die Menschen wollen auch wissen, *warum* bestimmte Vorschläge gemacht werden, welches Werteverständnis dahinter steht.

Jenseits von Angebot und Nachfrage

Für die Union liegt die Antwort auf die Frage nach dem „Warum“ ihrer Politik eigentlich auf der Hand: das christliche Menschenbild. Der Kern des christlichen Menschenbildes ist es, den Menschen als Geschöpf Gottes zu begreifen. Dies bedeutet zu wissen, dass nicht alles dem Menschen verfügbar ist. Dieses christliche Menschenbild mahnt mit seinem Bekenntnis zur Gleichwertigkeit aller Menschen ständig, bei all den wissenschaftlich wohl begründeten Programmtheorien die Sorgen des Einzelnen ernst zu nehmen. Eine auf dem christlichen Menschenbild basierende Politik erkennt Verschiedenartigkeit und Unvollkommenheit des Menschen an, sieht neben den Stärken auch die Schwächen und unterschiedlichen Talente. Alles über einen Kamm zu scheren, formaler Schematismus und Einheitslösungen passen dazu nicht. Hier liegt der Kern sozialer Gerechtigkeit.

Es geht um eine Politik, die Eigenverantwortung und Solidarität als zwei Seiten der gleichen Medaille begreift. Heute werden diese Begriffe häufig in Widerspruch zueinander gesetzt: Eigenverantwortung wird oft als „neoliberal“ diffamiert, Solidarität als „altlinks“. Dieser Polarisierung muss sich die CDU entziehen, denn in Wahrheit gilt: Je mehr der Einzelne für sich selbst sorgt, umso mehr können er und die staatliche Gemeinschaft für wirklich Bedürftige tun. Je mehr für die Sozialpolitik das Ziel „Hilfe zur Selbsthilfe“

heißt, umso wirksamer ist der Solidaritätsgedanke, der ja nicht dauerhafte Abhängigkeit, sondern die Befähigung zur Eigenverantwortung zum Ziel hat.

Das christliche Menschenbild steht auch gegen eine Politik der Ökonomisierung aller Lebensbereiche. Die andauernde wirtschaftliche Krise und die Krise der sozialen Sicherungssysteme durch die demografische Entwicklung führen in diese Gefahr. So werden zum Beispiel notwendige familienpolitische Maßnahmen oft damit begründet, eine demografische Trendwende einleiten zu sollen, die wiederum die wirtschaftliche Lage verbessere. Diese Ökonomisierung der Familienpolitik vernachlässigt die zentrale Aufgabe der Familie als Hort des Privaten, der Geborgenheit, der Verlässlichkeit zwischen den Generationen und der Wertevermittlung. Die Gefahr rein ökonomischer Betrachtung gilt ebenso für andere Politikfelder. So hat das Thema „Gesundheit“ viele Dimensionen, die mit einer ökonomischen „Prämien“-Begrifflichkeit nicht zureichend erfasst werden. Auch Umweltschutz hat zwar ökonomische Voraussetzungen und Auswirkungen, aber Umwelt hat eben auch den wirtschaftlich nicht fassbaren Eigenwert der „Schöpfung“.

Die Politik der CDU war immer mehr als Ökonomie – wenn sie auch ohne Wirtschaftskompetenz keinen Erfolg haben kann. Für die Zukunft der Union bleiben Fragen „jenseits von Angebot und Nachfrage“ mindestens so wichtig wie die Wirtschaftskompetenz. In einer Zeit des immer schnelleren Wandels wollen die Menschen Halt und Orientierung. Hier liegt die Chance der CDU. Das „C“ ist zeitloses Fundament, das im tagespolitischen Pragmatismus Halt gibt. Werteorientierte Politik auf solidem Fundament beschreibt deshalb den Anspruch der Union besser als systemorientierte Politik aus einem Guss.